

Die große Krise kommt erst – was kann Wirtschaftspolitik tun?

Gerhard Hanappi, 06-10-2009

Im Gegensatz zu den gutgemeinten Aufmunterungen einiger Prognostiker ist die globale Wirtschaftskrise noch nicht im Abklingen sondern wird in der Realwirtschaft in den nächsten beiden Jahren weiter anschwellen. Die enorm gestiegene weltwirtschaftliche Verflechtung aller Wirtschaftsprozesse, ja aller politisch-ökonomischen Prozesse schlechthin, läßt die Ansicht man könne die im Sommer eingetretene Beruhigung einiger Finanzmärkte unabhängig vom bevorstehenden Beschäftigungseinbruch schon als allgemeinen Wirtschaftsaufschwung interpretieren als höchst naiv erscheinen. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die durch die steigende Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit sinkenden Einkommen zwar noch bis zum Frühling 2010 durch das Aufbrauchen von Ersparnissen (vor allem in Österreich) zu moderatem Nachfragerückgang führen; spätestens ab Sommer 2010 ist aber mit einem massiven Nachfrageeinbruch zu rechnen. Damit wird es aber gerade für KMUs eng – unabhängig davon wie günstig der Finanzsektor und die Wirtschaftspolitik deren Kreditaufnahme macht, ohne ausreichende Nachfrageerwartung stirbt die wirtschaftliche Aktivität ab. Demnach sieht die Lage im Frühjahr 2011 wahrscheinlich alles andere als rosig aus.

Was kann Wirtschaftspolitik tun? Das vordringlichste Ziel sollte im Moment darin bestehen Beschäftigung zu erhalten. Der Staat ist kein privatwirtschaftliches Unternehmen und unterliegt daher anderen Zwängen als diese: er kann – um den Preis zusätzlicher Verschuldung – direkt beschäftigen. Maßnahmen in diese Richtung werden zunehmend die indirekte Beschäftigungspolitik durch Begünstigung beschäftigungsfreudiger Privatfirmen ersetzen müssen, da letztere nicht mehr greifen (siehe oben). Damit stellen sich akut einige zentrale Fragen: Bei wem und in welchem Ausmaß kann und soll sich der Staat verschulden? Wer sind „die Finanzmärkte“? Was heißt „Geldpolitik der EZB“ und wozu soll sie dienen. Ist die zu erwartende Verschiebung der Aufgabenteilung zu „mehr Staat weniger privat“ auch eine Chance für eine demokratischere Gestaltung unserer Gesellschaft? Kann etwa in einer vorausschauenden Antizipation einer solchen die Rolle von „Sozialpartnerschaft“ auf ein neues, umfassenderes Niveau gehoben werden? Welche Vorkehrungen kann das Design der neuen Lösungen treffen um die stete Gefahr ausufernder Bürokratie zu minimieren? Das sind die Fragen auf die die Wirtschaftspolitik schon heute Antworten suchen muß um die herannahende Krise zu überstehen. um sie für den Sprung in eine sichere und gerechtere Gesellschaft nützen zu können.